

Staatshaushalt 1990/91: Antwort auf wachsende Unzufriedenheit im Land?

Bei der Vorstellung des Haushaltsentwurfs für das kommende Fiskaljahr 1990/91 setzte Präsident *Suharto* am 4. Jan. im Parlament neue Akzente. Die im vergangenen Jahr stark angewachsenen Exporteinnahmen machen zusätzliche Aufwendungen für Entwicklungsprogramme und soziale Maßnahmen möglich. Nach mehrjährigem Lohnstopp für die Staatsbediensteten werden deren Einkommen in diesem Jahr um 10 % angehoben; der Entwicklungshaushalt steigt um 23,6 % (gegenüber einer 17%igen Steigerung des Gesamtetats). Zum ersten Mal seit 1982/83 steigt der nicht durch auswärtige Entwicklungshilfe finanzierte Eigenanteil an den Entwicklungsausgaben wieder spürbar von 13,7 % auf 30,4 % an. Weiterhin wird der indonesische Staat jedoch von seinen Auslandsschulden hoch belastet: 7,1 Mrd. US\$ sollen 1990/91 als Schuldendienst ans Ausland abgeführt werden, das sind 47,8 % seiner Routineausgaben.

Präsident *Suharto* verband mit der Vorstellung des Budgetentwurfs und dem Betonen dessen sozialer Komponente

auch einen Appell an die indonesische Privatwirtschaft, bis zu 25 % ihrer Unternehmensanteile an Kooperativen abzugeben, um diese am Wirtschaftsaufschwung teilhaben zu lassen. Der Appell sorgte in in- und ausländischen Wirtschaftskreisen für Aufregung. Da jedoch der vom Präsidenten vorgeschlagene Weg (Finanzierung der Anteilscheine aus deren Dividenden) nicht gangbar scheint, da die meisten indonesischen Unternehmen kaum Dividenden zahlen, und andererseits Regierungsmitglieder bemüht waren zu versichern, daß kein entsprechendes Gesetz verabschiedet werden solle, deutet nahezu alles auf eine Fensterrede *Suhartos* hin.

Der wirtschaftspolitische Reformkurs der vergangenen Jahre hat neben ausländischen Investoren besonders die einheimischen Großunternehmen gegenüber den staatlichen Firmen, den privaten Klein- und Mittelunternehmen und den 34.000 meist ländlichen Kooperativen begünstigt. Dies und die Zahl von immer noch 30 Mio. Indonesiern, die unter der Armutsgrenze leben, hat zu Unzufriedenheit in ver-

schiedenen Bevölkerungsgruppen geführt, die sich ansatzweise in nationalistischen und antichinesischen Ressentiments äußert, da die meisten Großunternehmen von chinesischstämmigen Indonesiern kontrolliert werden. Im Dezember hatte z.B. die *Indonesische Handels- und Industriekammer (Kadin)* öffentlich eine schärfere Kartellgesetzgebung gefordert, die sich direkt gegen jene Gruppe wenden würde. Unschwer zu erkennen ist in dem Appell *Suhartos*, Kooperativen mehr zu berücksichtigen, der mit seiner Realisierung verbundene Effekt, "chinesisches" Kapital in "indonesische" Hände übergehen zu lassen.

Indonesische Wirtschaftswissenschaftler vermuten hinter der Betonung des sozialen Charakters der Wirtschaftspolitik jedoch nicht nur den Versuch, kurzfristig die unzufriedenen, von der Weltmarktöffnung nicht profitierenden Teile der indonesischen Wirtschaft zu beruhigen, sondern auch den Beginn des Wahlkampfes für die Parlamentswahlen 1992.

vgl. FEER v. 28.12.89, 18.1., 1.2., 15.2.90; SOAA, Jan. '90

Welle von Säuberungsaktionen

Säuberungsaktionen ganz unterschiedlicher Art finden derzeit im Inselstaat statt. Seit Ende letzten Jahres können sich die Fernsehzuschauer regelmäßig montags und donnerstags ein Bild von der Korruption im Lande machen. Aus den Gerichtssälen flimmern Streifen über Korruptionsprozesse. Eine Umfrage der Zeitschrift *Tempo* bei 570 Personen ergab eine breite Zustimmung bei 89 % der Interviewten für diese Methode. Kritiker meinen jedoch, man wiegele damit nur Emotionen auf und treffe ohnehin nicht den Kern des Problems. Dargestellt würden nur "kleine" chinesische Geschäftsleute und nicht die "großen Fische".

Seit bald 20 Jahren regelmäßig Opfer von Säuberungsaktionen sind die *Becaks* (Fahrradrikschas), die langsamsten aller öffentlichen Transportmittel in Jakarta.

Immer wieder wurden Tausende von ihnen ins Meer geworfen. Während es zu Hochzeiten in Jakarta 170.000 *Becaks* gab, sollen Ende 1989 noch knapp 23.000 Rikschas, Mitte Januar '90 nur noch knapp die Hälfte registriert gewesen sein. Das Vernichten der *Becaks* bezeichnet *Adi Sasono* vom *Institut für Entwicklungsstudien (LSP)* in Jakarta für verfassungswidrig. Es verstöße gegen das Recht auf Arbeit.

Zum ersten Mal in diesem Umfang trifft die Straßenhändler eine Säuberungsaktion. Seit dem 15.2. dürfen an Hauptstraßen und Kreuzungen keine Zigaretten und Zeitungen mehr verkauft werden. Als "Operation für ein Morgen voller Hoffnung" wird die Verbannung der Kleinhändler von den Straßen bezeichnet. Auch



hier heißt es, Zeitungverkäufer oder Scheibenputzer hielten nur den Verkehr auf. Betroffen von dieser Maßnahme sind nicht nur der sogenannte "informelle Sektor" selbst, sondern auch die Produzenten der angebotenen Waren, wie z.B. die Zeitungsverlage.

vgl. FEER v. 18.1.90; Tempo v. 23.12.89, S. 23ff, 20.1., S. 14ff, 27.1., S. 24, 3.2., S. 70ff, 17.2., S. 22f, 24.2.90, S. 22ff

Kurzmeldungen

Das *Indonesische Umweltforum (Walhi)* hat den **Verband der indonesischen Holzindustrie (Apkindo)** kritisiert, der Millionen für eine internationale Werbekampagne investiere, um dem Vorwurf zu begegnen, der tropische Regenwald Indonesiens werde zunehmend zerstört. Das Geld wäre für die Disziplinierung der Holzeinschlagsfirmen besser verwendet worden. vgl. FEER v. 1.2.90

- Mit 5,9 Mrd. US\$ wurde 1989 ein **neuer Rekord an Auslandsinvestitionen** erreicht. Mit einem Anteil von über 40 % war im vergangenen Jahr die chemische Industrie der Renner. Die Bundesrepublik rangiert bei der kumulierten Gesamtsumme der Investitionen hinter Japan und Hongkong weiterhin auf Platz drei. vgl. SOAA, Jan. '90; FEER v. 15.2.90

- **Kürzt der Hauptsponsor die Entwicklungshilfe?** Aus Kreisen einer japanischen Regierungsdlegation wurde im Februar bekannt, daß angesichts der prosperierenden indonesischen Wirtschaft eine Kürzung der sogenannten Sonderhilfe erwogen werde. vgl. FEER v. 22.2.90

- Die staatliche Fluggesellschaft *Garuda* hat einen **Auftrag an die europäische Luftfahrtindustrie** erteilt: Bis Mitte der 90er Jahre sollen 9 A-330-Maschinen von *Airbus* und 12 F-100-Flugzeuge von *Fokker* geliefert werden. Ende vergangenen Jahres kam es zur Unterzeichnung eines Vertrages zwischen *Airbus* und der indonesischen Flugzeugbau-firma *IPTN* über die Produktion von Flugzeugteilen in Indonesien. vgl. FEER v. 21.12.89, SOAA, Jan. '90

- **Bewohner Balis** (der Orte Kuta, Sanur und Nusa Dua) **beschwerten sich** Ende Dezember bei der Provinzregierung **über die ständige Zunahme der Hotelbauten**. Durch den Tourismus werde die Pflege traditioneller Riten immer mehr eingeschränkt, heißt es in der Beschwerde. vgl. Tempo v. 13.1.90, S. 17

Kurzmeldungen

- 6 Studenten der Technischen Universität Bandung (ITB), die nach einer Demonstration am 5.8.89 gegen den Besuch von Innenminister Rudini exmatrikuliert und verhaftet worden waren, wurden zu 3 Jahren Haft verurteilt, obwohl die Staatsanwaltschaft nur 2 Jahre gefordert hatte. Die Verteidigung wies während des Prozesses mehrfach auf Mißhandlungen der Gefangenen hin und beklagte sich über unzumutbare Arbeitsbedingungen. vgl. TAPOL No. 97 (Feb. '90); Tempo v. 24.2.90, S. 35

- Ungefähr 50.000 ehemalige politische Gefangene dürfen bei den Parlamentswahlen 1992 erstmals seit 1965 wieder wählen. Die Betroffenen müssen jedoch eine Reihe von Bedingungen erfüllen. Dazu gehören u.a. die Treue gegenüber Volk, Land und Regierung, das Verbot der Verbreitung marxistischer und kommunistischer Lehren das Verbot von Aktivitäten, die Sicherheit und politische Stabilität gefährden, sowie Gesetzestreue. FEER 15.2.90; Tempo 17.2.90, S. 24f

- Im Oktober vergangenen Jahres wurde im westjavanischen Garut der 40jährige Husien Ali Al-Habsyi, der als Kopf des Bombenattentats auf den Borobudur-Tempel im Jahr 1985 sowie einiger weiterer Anschläge gilt, verhaftet. Tempo v. 13.1.90, S. 18

- Seit dem Staatsbesuch Präsident Suhartos im Herbst vorigen Jahres in Moskau verbessern sich die Beziehungen zur Sowjetunion mit erstaunlicher Geschwindigkeit. Beobachter führen dies u.a. auf indonesische Irritationen gegenüber den USA zurück. FEER 1.2.90

- Die im Januar erfolgte Wiedereröffnung diplomatischer Beziehungen mit Afghanistan hat international Aufsehen erregt. Zu vermuten ist ein Zusammenhang mit der Verbesserung in den Beziehungen zur Sowjetunion sowie mit den weiterhin unternommenen Anstrengungen, den Vorsitz der Blockfreien-Bewegung zu erlangen. vgl. FEER v. 8.2.90

Immer noch Bedrohung nationaler Existenz? 4 politische Gefangene nach 25 Jahren hingerichtet

In dem Jahr, in dem der Putsch von Jakarta ein Vierteljahrhundert alt wird, feuerten indonesische Militärs wieder einmal Kugeln auf politische Gefangene ab. In der Nacht vom 14. zum 15. Februar wurden vier Männer, die wegen angeblicher Beteiligung am Umsturzversuch vom 30. Sept. 1965 zum Tode verurteilt waren, aus ihren Zellen geholt und erschossen. Es handelt sich um Satar Suryanto (57), Simon Petrus Soleiman (60), Yohanes Surono (60) und Norbertus "Noor" Rohayan (60).

Noch am 12.10.89 waren die Namen dieser vier zusammen mit denen von sechs weiteren Gefangenen in einer Resolution des Europäischen Parlaments genannt worden. Die Abgeordneten hatten an die indonesische Regierung appelliert, diese Personen nicht hinzurichten. Daneben wurden der Europarat, die EG-Kommission und die einzelnen Mitgliedstaaten aufgefordert, in diesem Sinne an die Regie-

rung in Jakarta heranzutreten.

Die vier Hingerichteten waren als Angehörige der Cakrabirawa, der früheren Präsidentengarde und Eliteeinheit, der direkten Beteiligung an dem Umsturzversuch von 1965 beschuldigt worden. Damals waren 6 Generäle ums Leben gekommen. Die Verhaftung der vier Hingerichteten erfolgte bereits im Oktober 1965, die Verurteilung ca. 5 Jahre später.

Auf die Frage, warum die Gefangenen nach mehr als 20jähriger Haft hingerichtet worden seien, antwortete der Sprecher der Streitkräfte, Brigadegeneral Nurhadi Said, daß das Verfahren erst kürzlich mit der Ablehnung eines letzten Gnadengesuchs durch den Präsidenten abgeschlossen worden sei.

Die vier jüngsten Hinrichtungen - zuletzt waren im Oktober Häftlinge erschossen worden - erhöhen die Zahl der seit Anfang 1985 durchgeführten Exekutionen auf 25. In den

zehn Jahren zuvor waren nur 4 Personen hingerichtet worden. Für den höchsten Richter des Landes, Ali Said, ist die Todesstrafe weiterhin angemessen für jene, die der politischen Subversion schuldig gesprochen sind: "Ich glaube, daß die Todesstrafe immer noch notwendig ist, wenn der betreffende Fall die Existenz der Nation und des Staates berührt."

Die jüngsten Hinrichtungen haben nationale und internationale Proteste ausgelöst. Ein Protestschreiben an den Justizminister Ismail Saleh richtete die Rechtshilfestiftung YLBHI. Dort heißt es, die Todesstrafe entspreche nicht der Entwicklung von menschlichen Wertvorstellungen in einem modernen Land. Dahinter stehe eine Philosophie von vergeltender Rache und damit eine veraltete Rechtsprechung. Im Büro der Nachrichtenagentur Reuter sprach man ebenfalls von Unmenschlichkeit und erinnerte in diesem Zusammenhang an die Freilassung Nelson Mandelas. vgl. Al Urgent Action 72/90 v. 16.2.90; Tempo v. 24.2.90, S. 33f

Sanktionen gegen muslimische Mädchen

Schulmädchen wurden in mehreren Teilen Javas mit der Begründung nach Hause geschickt, das Tragen des jilbabs, des islamischen Kopftuchs, lasse sich nicht mit einer ordnungsgemäßen Schuluniform vereinbaren. Das Jilbab-Problem taucht regelmäßig an indonesischen Schulen auf und läßt sich zurückführen auf einen Erlaß des Erziehungsministeriums aus dem Jahre 1982. Dort heißt es, das Tragen von Kopftüchern sei ein politischer und kein religiöser Akt, weshalb besondere Wachsamkeit geboten sei. "Man weiß nie, wer oder was hinter ihnen steht", so ein Schulleiter aus Surabaya. "Die Mädchen weigern sich, Fragen zu beantworten - genau wie ehemalige PKI-Angehörige."

Ende letzten Jahres haben die Konflikte um das Kopftuch einen neuen Höhepunkt erreicht: Eine Reihe von Frauen aus mehreren Dörfern in Ost-Java wandten sich an die Rechtshilfeorganisation LBH in

Surabaya, weil die lokalen Behörden sich geweigert hatten, ihnen Personalausweise auszustellen. Die Mädchen wollten ihre Kopftücher für das Paßphoto nicht abnehmen. "Ein Photo mit jilbab ist kein eindeutiger Beweis", so ein Beamter. In einem Subdistrikt wurden die Frauen bereits zum obersten Militär zitiert und in der Angelegenheit verhört. In islamischen Kreisen wehrt man sich gegen Verdächtigungen, daß die Jilbab-Trägerinnen Unruhestifterinnen seien, und aus dem Erziehungsministerium verlautete nur kurz, daß

man allmählich zu einer Annäherung kommen müsse. vgl. Tempo v. 9.12.89, S. 23, u. 13.1.90, S. 19



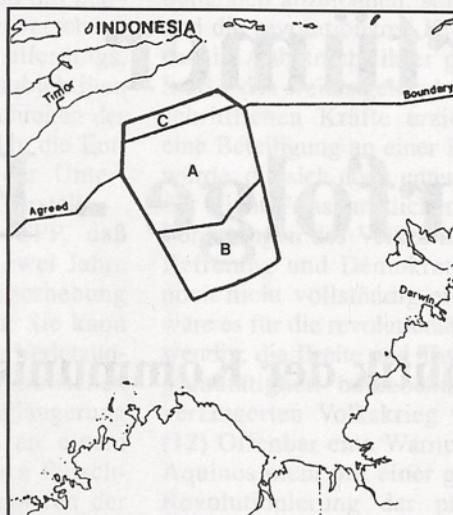
KOMMENTAR

Der Öl-Deal

:Daß Diplomatie nichts mit Moral zu schaffen hat, sondern diese allenfalls anschaffen schickt, wir wissen es und beklagen es nicht einmal, weil's für Klarheit sorgt. Aber dann und wann verblüfft doch die Dreistigkeit, mit der diese Zuhälter der Staatsmoral ihren Schandlohn in aller Öffentlichkeit einzutreiben belieben. Zur Zeit ist - bei aller völkischen Rhetorik - das Geschäft in Mode gekommen: Grenzregelung gegen Bares oder Verzicht auf "nationale Güter" zugunsten von handfesteren. Erregt mir hierorts besonders der Amnesieerlaß des mittlerweile gar ungeistverlassenen Bundeskanzlers Übelkeit, großzügig auf die Wiederherstellung der Grenzen von Hitlerdeutschland verzichten zu wollen, wenn auch die noch lebenden Überlebenden, die ehemaligen polnischen Zwangsarbeiter ihrerseits sagen: Schwamm drüber! - so verursacht auf der anderen

Seite der Welt das Abkommen zwischen Australien und Indonesien über die sogenannte Timor-Lücke (vgl. SOAI 4/89) ein ganz ähnliches Gefühl.

1975/76 okkupierte und annektierte Indonesien gewaltsam die ehemalige portugiesische Kolonie Osttimor. Zehntausenden von Osttimoresen hat dies das Leben gekostet. 1978 erkannte die australische Regierung die Annexion an, u.a. mit der Begründung, ein selbständiges Osttimor sei wirtschaftlich kaum lebensfähig. Und am 11. Dezember 1989 unterzeichneten beide Länder ein Abkommen über die gemeinsame Nutzung eines Gebiets, das völkerrechtlich immer noch zu Osttimor gehört. Zwischen 1 und 6 Mrd. Faß Erdöl und zwischen 80 und 480 Mrd. m³ Erdgas werden unter den 61.000 km² Meeresboden vermutet. 1991 soll die Förderung beginnen; nationale und internationale Ölfirmen stehen bereits



Schlange. Es bedarf jetzt nur noch einer Dreisatzrechnung, um herauszufinden, wann Indonesien seine Besatzungskosten amortisiert haben wird.

Klaus Marquardt

vgl. FEER v. 21.12.89; AW v. 22.-29.12.89; SOAA, Jan. '90; IFM Jg. 15, Nr. 2 (Feb. '90); TAPOL No. 97 (Feb. '90)

Legende:

Region A:
Gemeinsame Verwaltung,
Einnahmen werden geteilt

Region B:
Australische Verwaltung, 16%
der Einnahmen an Indonesien

Region C:
Indonesische Verwaltung, 10%
der Einnahmen an Australien

Demonstrationen in Osttimor

Seit dem Papstbesuch im Okt. '89 (vgl. SOAI 4/89) reißt nach übereinstimmenden Berichten in Osttimor die Kette von Protest- und Unabhängigkeitsdemonstrationen nicht ab. Wie berichtet, war es nach einer Papstmesse zu einer Kundgebung von etwa 20 Gottesdienstteilnehmern für die Unabhängigkeit gekommen. Daraufhin wurden ca. 40 Personen mehr oder weniger vorübergehend verhaftet, mehrere von ihnen in Haft mißhandelt. Immer wieder diente das Wohnhaus des Apostolischen Administrators von Díli, Bischof Belo, als Zuflucht für Verfolgte. Am 4.11.89 veranstalteten Anhänger der früheren Apodeti-Partei, die sich 1974/75 für den Anschluß an Indonesien eingesetzt hatte, mit maßgeblicher Unterstützung seitens des indonesischen Militärs vor dem Haus des Bischofs eine gegen diesen gerichtete Kundgebung, die eine Gegendemonstration provozierte. Wieder kam es zu Verhaftungen und Mißhandlungen.

Beim Besuch des US-amerikanischen Botschafters in Jakarta, John Munjo, am 16. oder 17.1.90 (widersprüchliche Meldungen) in Díli drangen etwa 150 osttimoresische Demonstranten in das Hotel *Tourismo* ein. In einer einstündigen "Diskussion" mit Munjo per Megaphon berichteten sie von anhaltenden Menschenrechtsverletzungen und forderten eine Intervention der UNO. Währenddessen, besonders aber nach Abfahrt Munjos aus dem Hotel, griffen indonesische Militär- und Polizeieinheiten hart durch. Mindestens 40 Demonstranten wurden z.T. schwer verletzt, zwei oder drei Personen sollen getötet worden sein. Am darauffolgenden Tag demonstrierten etwa 200 Osttimoresen vor dem Büro des Provinzgouverneurs für Unabhängigkeit und gaben sich als Sympathisanten der *Fretilin*-Guerilla zu erkennen.

Zwischen den Vorgängen im Okt./Nov. '89 und jenen im Jan. '90 war es wiederholt zu kleineren Zusammenstößen zwischen Demonstranten und

indonesischem Militär gekommen. Wachsende Sorge bereitet der Besatzungsmacht, daß in jenen Schulen, die von der Katholischen Kirche getragen werden, die Unruhe wächst. Am 15. November beispielsweise sah sich die Armee sogar veranlaßt, die *Sao-José*-Schule in Díli unter Einsatz atomatischer Waffen zu stürmen.

Indonesien könnte wegen dieser Vorgänge international unter zunehmenden Druck geraten. Die Demonstrationen als Anlaß des Munjo-Besuchs samt der brutalen Vergeltungsmaßnahmen des Militärs wurden von australischen Touristen beobachtet und fotografiert, deren Berichte in der australischen Presse Aufsehen erregten. Im Dezember hatte bereits eine überfraktionale Gruppe des US-Repräsentantenhauses einen ungewöhnlich scharf gehaltenen Brief an US-Außenminister Baker gerichtet, in dem dieser aufgefordert wurde, die Verhaftungen und Mißhandlungen nach dem Papstbesuch zu untersuchen. Nach den Vorgängen im Januar d.J., in die ihr eigener Vertreter in Indonesien verwickelt wurde, dürften

die internen Zwänge für die US-Regierung zugenommen haben.

Auch die EG-Staaten stehen im Wort. Noch am 20.11.89 hatte der französische Delegierte im Namen der 12 Mitgliedsländer vor einem UN-Gremium seine Besorgnis über die Menschenrechtslage in Osttimor ausgedrückt. Auch der Vertrag zwischen Australien und Indonesien über ihre Seegrenze bei Osttimor (s. Kommentar dazu), der nicht nur internationales Recht verletzt, sondern insbesondere die völkerrechtlich weiterhin bestehende Souveränität des EG-Mitgliedslandes Portugal über Osttimor, mag die EG zur Aktivität drängen. Zu befürchten ist jedoch, daß angesichts der - aus indonesischer Sicht - instabiler werdenden Sicherheitslage die Anfang 1989 gewährte partielle Öffnung der Provinz zurückgenommen werden könnte.

vgl. FEER v. 28.12.89, 4.1., 1.2., 15.2.90; Amnesty International Urgent Action 30/90 v. 22.1.90; IFM Jg. 15, Nr. 2 (Feb. '90); TAPOL No. 97 (Feb. '90)